

„ENTSCHEIDEND IST DER INHALT“

Seit April 2024 ist Matthias Klotz nun schon Geschäftsführer des in der Vergangenheit kritisierten BZL, ehemals Forum Waffenrecht. Was hat sich seit seinem Amtsantritt geändert und wie geht es weiter?

Der Bundesverband zivile Legalwaffen (BZL), ehemals Forum Waffenrecht, hat ein aufregendes Jahr hinter sich. Neben einiger Kritik, die unter anderem von Szenegrößen wie Jörg Sprave (etwa 3 Millionen YouTube-Abonnenten) öffentlich geäußert wurde, befindet sich der Verein seit Januar 2024 auf Reformkurs. Wir fragten bei Geschäftsführer und Vorsitzendem Matthias Klotz nach, wo die Reise beim BZL zukünftig hingehen soll.

Knyfe: Seit Mai 2024 heißt Ihr Verband nicht mehr Forum Waffenrecht, sondern Bundesverband zivile Legalwaffen (BZL). Sprüche wie „Raider heißt jetzt Twix“ waren daraufhin zu lesen. Was hat sich unter dem neuen Namen bisher verändert?

Matthias Klotz (BZL): Ein neuer Name ist ja nicht die Veränderung, und er ist auch nicht die Triebfeder oder der Taktgeber dafür. Er ist – wenn Sie so wollen – die Verpackung. Entscheidend aber ist der Inhalt. Und da hat unser Verband eine sehr erfolgreiche Transformation vom rein waffenrechtlichen Stellungnehmer hin zu einer proaktiven politischen und gesellschaftlichen Interessenvertretung für den Legalwaffenbesitz realisiert.

Das war unser Ziel und das war auch der Auslöser für die Änderung des Namens in Bundesverband zivile Legalwaffen (BZL). Denn es sollte außen schon draufstehen, was drin ist. Und da wir nun deutlich über den Tellerrand der formaljuristischen Details hinaus agieren, sind wir eben nicht mehr ein reines Waffenrechts-Forum, sondern weit mehr als das. By the way: Raider hieß in vielen Ländern schon immer Twix...

Wie hat sich die Mitgliederzahl des BZL seit der Neustrukturierung entwickelt?

Als Dachorganisation von starken Einzelverbänden, in denen rund 700.000 Legalwaffenbesitzerinnen und Legalwaffenbesitzer organisiert sind, ist die direkte Mitgliedschaft im Förderkreis des BZL ja praktisch ein „on top-Commitment“. Und da ist die Entwicklung sehr erfreulich, was natürlich auch mit der neuen Ausrichtung und der damit verbundenen publizistischen Präsenz zu tun hat.

Der BZL ist jetzt ein lebendiger und ausgesprochen kommunikativer Verband,

der klar seine Meinung sagt, und über die jeweiligen „Fachgrenzen“ seiner Mitgliedsverbände hinaus gesellschaftspolitisch in Erscheinung tritt. Das macht sich im Zuwachs der Förderkreismitglieder bemerkbar, denn immer mehr Sportschützen, Jäger und Sammler erkennen, dass der BZL keine Parallelveranstaltung zu ihrem „Heimatverband“ ist, sondern alle Facetten des Legalwaffenbesitzes ganzheitlich und konsequent nach außen vertritt.

Wie positiv dies angenommen wird, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass nun auch immer mehr Groß- und Einzelhändler aus unserer Branche Mitglied im BZL werden.

Sie haben Ihre Geschäftsstelle vor kurzem aus der 80.000-Einwohner-Stadt Ratingen in die Hauptstadt verlegt. Was erhoffen Sie sich durch den Umzug?

Genau dort hinzugehen, wo die Musik spielt, hat ja nichts mit Hoffnung zu tun. Wenn die Interessenvertretungen des Legalwaffenbesitzes eine starke gestalterische Position einnehmen wollen, müssen sie so nah wie möglich am politischen Geschehen dran sein.

Ich selbst lebe seit mehr als einem Jahr in unmittelbarer Nähe von Berlin und

schätze es ungemein, dass man schnell und spontan in der Hauptstadt ist, um sich persönlich mit Politikern, Behördenvertretern oder Vorsitzenden anderer Verbände zu treffen. Das werden wir mit unserer neuen Geschäftsstelle in Berlin noch aktiver spielen können, denn nun sind wir nicht nur Besucher, sondern auch Gastgeber und Anlaufstelle.

Im September wurde bekannt, dass der Internationale Jagdrat (CIC) Mitglied beim BZL geworden ist. Der 2022 erfolgte Austritt Deutschlands aus dem Jagdrat wurde von Jagdverbänden kritisch aufgenommen, Tierschutzverbände wie der Deutscher Tierschutzbund e.V. oder Pro Wildlife begrüßten die Entscheidung. Der CIC sei „ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, ein Kopfgeld auf seltene Tiere geschützter und bedrohter Arten auszusetzen“ und propagiere „seit Jahren den Abschuss von Elefanten, Eisbären, Löwen, Leoparden und weiterer Arten“. Wie stehen Sie zu dieser Kritik?

Erst einmal ist der Beitritt des CIC zum BZL nicht irgendwie „bekannt geworden“, sondern wir haben dies ganz prominent auf unserer Homepage kommuniziert – und zwar, weil wir sehr stolz darauf sind.



Matthias Klotz ist seit April 2024 Geschäftsführer des Bundesverbands zivile Legalwaffen (BZL) und wurde im Juni einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Foto: Bundesverband zivile Legalwaffen e. V. (BZL)

Aber die Tatsache, dass Sie danach fragen und auf den Austritt Deutschlands aus dem CIC und die Kritik von Tierschutzverbänden verweisen, lässt vermuten, dass Sie etwas „Anrühiges“ im CIC bzw. dessen Beitritt zum BZL sehen.

Sollte dem so sein – was ich nicht hoffe – wäre es aber ein gutes Beispiel für das Spannungsfeld zwischen berechtigten und sinnvollen Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen und einer als mehrheitsfähig propagierten und kolportierten „korrekten Weltanschauung“.

Mangelnde Information schafft Raum für Emotion, und schon geraten der CIC bzw. die Auslandsjäger bei manchen Beobachtern in das gleiche Fahrwasser wie der Legalwaffenbesitz. Bei „Otto Normalbürger“ verfangen Narrative vom „trophäengeilen Elefantenkiller“ genauso gut wie vom „schießwütigen Waffennarren“ – und wer sich beiden entgegenstellt, kann sich des Beifalls der „Bessermenschen“ sicher sein. Das geht schneller und einfacher als sachliche Analyse, Abwägung von Fakten und kompetente Diskussion.

Nun würde es hier freilich den Rahmen sprengen, die gesamte Wirkkette aus Wildlife-Management, Auslandsjagd und Artenschutz zu erläutern. Aber dennoch möchte ich ein paar Sätze dazu sagen:

Den Austritt aus dem CIC hat das von Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) geführte Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Alleingang erklärt, ohne dies mit den damaligen Koalitionspartnern SPD und FDP abzustimmen, geschweige denn vorher mit dem CIC selbst oder den betroffenen Ländern in Asien, Südamerika oder Afrika zu sprechen. Da stellt sich am Ende also schon die Frage, ob wirklich Deutschland oder Grüne Weltanschauung aus dem CIC ausgetreten ist.

Wer sich die Mühe macht, Zahlen Daten und Fakten zur Auslandsjagd und ihre Effekte auf den Artenschutz in den betreffenden Ländern zu analysieren, wird feststellen, dass die Einnahmen aus den Jagden zu einem großen Teil für den Erhalt dieser Tierarten und für ein geordnetes Wildlife-Management eingesetzt werden. So bekommen diese Tiere einen echten Wert und sind eben nicht nur Schädling, Konkurrent oder Bedrohung

für die Weidetiere der einheimischen Bevölkerung.

Vielmehr wird jetzt dafür Sorge getragen, dass diese Arten erhalten bleiben, ihre Bejagung nach strengen Regularien und Quoten erfolgt und die lokale Bevölkerung unmittelbar von der Jagd profitiert. Würde all dies nicht geschehen, würden diese Tierarten genau diesen Wert verlieren, und es wäre schlecht um ihre Zukunft bestellt. Denn warum sollte man wertlose Nahrungs- oder Lebensraum-Konkurrenten schützen?

Dazu passt auch, dass Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) im letzten Jahr die Einfuhr von Jagdtrophäen nach Deutschland verbieten wollte und auf eine gewaltige Gegenreaktion aus afrikanischen Ländern stieß. Dort

„GENAU DORT HINZUGEHEN, WO DIE MUSIK SPIELT, HAT JA NICHTS MIT HOFFNUNG ZU TUN“

hatte man zu Recht keinerlei Verständnis dafür, dass selbst ernannte Naturexperten aus Berlin den Afrikanern in bester Kolonialmanier vorschreiben wollten, wie sie mit ihrer Flora und Fauna umzugehen haben. Erst als vor allem die Länder Botswana und Namibia dies mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht haben und zudem noch klar wurde, dass einzig und allein die EU derlei Regelungen erlassen kann, verschwand das Grüne Ansinnen wieder in der Versenkung.

Vielen Grünen Weltverbesserungsantritten gemein ist das Bedürfnis, den Menschen zu erklären bzw. vorzuschreiben, wie sie gefälligst zu leben haben. Dabei bedient man sich einfacher Bilder und Vergleiche, mit denen man sich der Zustimmung der Stammwählerschaft

sicher sein kann, die zum großen Teil in den Großstädten unserer Republik lebt. Dort gibt es keine Jagd und auch keinen Wolf, dort braucht man oft kein Auto und auch kein Messer, und dort kommt die Milch aus dem Supermarkt und die Wärme in der Wohnung vom Vermieter.

Stellen Sie sich einfach in München, Hamburg, Frankfurt oder Berlin auf die Straße und fragen Sie die Leute, was sie davon halten, dass von „reichen weißen Männern“ in Afrika Löwen, Elefanten, Leoparden oder Giraffen „ermordet“ werden. Und dann stellen Sie den gleichen Leuten die Frage, was sie davon halten, dass Menschen mit großkalibrigen halbautomatischen Waffen in Deutschland legal „herumballern“ dürfen oder „tödliche Messer“ am Gürtel tragen.

Wir alle kennen die Antworten – und beim Legalwaffenbesitz kennen wir auch die wahre Geschichte. Umso mehr müssen wir uns bemühen, auch bei anderen Themen – wie zum Beispiel der Auslandsjagd – die wahre Geschichte zu erfahren und uns mit Kompetenz und Konsequenz einem oberflächlichen und ideologisch gefärbten urbanen Mainstream stellen.

Gern erinnere ich daher gerade hier bei Knyfe an die Aussage des Grünen Wirtschaftsministers und Vizekanzlers Robert Habeck, der nach dem Terrorattentat von Solingen sagte, dass niemand mehr „Hieb- und Stichwaffen“ – er meinte aber wohl Messer – im öffentlichen Raum tragen müsse, da wir nicht mehr im Mittelalter leben würden. Schnell fand er breiten Zuspruch bei denen, die sich mit der Thematik nicht beschäftigen, und Sie können sich sicher sein, dass Deutschland aus dem Schneidwarenverband ausgetreten wäre, wenn es dort Mitglied gewesen wäre und das Wirtschaftsministerium die Entscheidungshoheit gehabt hätte.

Long story short: Es ist für die Wildtiere dieser Welt gut, dass es den CIC gibt, und es ist gut, dass er nun Mitglied im BZL ist.

In Ihrer Pressemitteilung vom 7. November 2024 sprechen Sie über Verzögerungen bei der Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse nach Inkrafttreten des „Sicherheitspakets“ der Bundesregierung. Nach Ihren Anfragen an die Innenministerien der Länder möchte man dort aber



nichts von solchen Verzögerungen wissen, meistens seien „keine signifikanten Verzögerungen in der Bearbeitungszeit bekannt“. Ist das Problem also gelöst?

Gar nichts ist gelöst. Darüber können auch die Antworten der jeweiligen Landesinnenministerien nicht hinwegtäuschen, die ja meist nichts anderes als die gesamte Klaviatur des ausweichenden bzw. unverbindlichen Behördendeutsch abbilden. Da wird das eine oder andere Mal zwar immerhin gemutmaßt, dass es zu längeren Bearbeitungszeiten kommen könnte, aber am Ende bestimmen Floskeln wie die von Ihnen bereits erwähnte oder „die Bearbeitungszeit richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls“ das Bild.

Die Realität jedoch sieht vielerorts ganz anders aus – da dauert die Bearbeitung einer waffenrechtlichen Erlaubnis oder die Ausstellung bzw. Verlängerung eines

zu erklären und den Verkauf von Messern jenseits 4 Zentimeter Klingenlänge an Asylsuchende für den Einzel- und Onlinehandel zu verbieten. Werden Sie nun selbst zum Symbolpolitiker oder glauben Sie tatsächlich an die Wirksamkeit solcher Maßnahmen?

Ich bin kein Politiker und werde auch keiner. Aber im Zuge der Diskussion um die Messerkriminalität waren sich alle seriösen Beobachter einig, dass wir kein Tatmittelproblem, sondern ein Täterproblem haben. Schon vor der Terror-Attacke von Solingen gab es eine Vielzahl von Messerdelikten, die von jungen männlichen Asylsuchenden begangen wurden. Doch anstatt hier in medias res zu gehen und nach Lösungen zu suchen, wurden Placebos wie Messerverbotzonen und Messerverbote verabschiedet, die weder den Kern des Problems treffen noch effi-

Waffenverbot zu belegen und derartige potenzielle Brennpunkte zu Messerverbotzonen zu erklären.

Hinzu kommt, dass dies auch kontrollierbar ist. Denn anders als die tausenden S- und U-Bahnen, Züge und Busse, die täglich verkehren, anders als die unzähligen viel frequentierten Plätze mit Millionen von Menschen oder die 9.750 Volksfeste in Deutschland mit rund 190 Millionen Besuchern ist die Zahl der Erstaufnahmestellen wesentlich überschaubarer und die Kontrolle dieser Örtlichkeiten und ihrer Bewohner weit eher sicherzustellen als all die anderen Regelungen und Verbote, die im Rahmen des Sicherheitspakets erlassen wurden.

Nicht unerwähnt darf aber bleiben, dass wir neben den vier Punkten zu Asylsuchenden und Erstaufnahmestellen auch ein individuelles Waffenverbot inklusive

„IM ZUGE DER DISKUSSION UM DIE MESSERKRIMINALITÄT WAREN SICH ALLE SERIÖSEN BEOBACHTER EINIG, DASS WIR KEIN TATMITTELPROBLEM, SONDERN EIN TÄTERPROBLEM HABEN“

Jagdscheins mehrere Wochen, ja zum Teil Monate. Doch hier gilt zu beachten, dass es bereits vor Verabschiedung des Sicherheitspakets inakzeptable Wartezeiten gegeben hat. Schuld daran ist die völlige Überregulierung des Legalwaffenbesitzes, verbunden mit notorisch unterbesetzten und teils fachlich überforderten Waffenbehörden und einem Digitalisierungsgrad auf Drittweltniveau.

All das wird sich nicht mit einem monokausalen Ansatz lösen lassen, sondern nur, wenn das Waffenrecht und mit ihm das Waffengesetz unter einer neuen Regierung gänzlich neu gedacht und digital gelebt wird.

Ihr 4-Punkte-Plan für ein individuelles Waffenverbot sah unter anderem vor, sämtliche Erstaufnahmestellen und Asylunterkünfte zu Waffenverbotszonen

zient kontrollierbar sind.

Genau das ist Symbolpolitik. Wenn wir aber ernsthaft über das Täterproblem und wirksame Prävention sprechen wollen, dürfen wir nicht ignorieren, dass Asylsuchende aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen, in denen Verfolgung, Gewalt und Tod an der Tagesordnung sind und das Faustrecht die letzte oder besser gesagt die erste Instanz ist. Und sehr oft kommen diese Menschen aus Ländern, in denen radikale islamistische Kräfte großen Einfluss haben.

In den Erstaufnahmestellen und Asylunterkünften trifft also eine große Zahl traumatisierter und teils auch radikalisierte junger Männer auf engstem Raum aufeinander. Und jetzt stellt sich die Frage, ob es angesichts dieser Gemengelage nicht Sinn macht, Menschen mit einer solchen Vorgeschichte mit einem individuellen

Messerverbot für verurteilte Gewalttäter gefordert haben. Denn Prävention und Sanktionierung haben nichts mit Herkunft, Hautfarbe oder Religion zu tun, sondern sind Mittel des Rechtsstaates, derer er sich aber eben auch gezielt bedienen muss.

Trotz der von Ihnen gestarteten Petition mit über 132.000 erzielten Unterschriften wurde die Position von Verbänden wie dem BZL in Einzelgesprächen mit Parteivertretern zwar zur Kenntnis genommen, bei der finalen Entscheidung der Parteien aber doch nicht weiter berücksichtigt. In Anbetracht weiterer Verschärfungen des Waffenrechts fragen sich manche Mitglieder nun vielleicht: Wie möchten Sie zukünftig dafür sorgen, dass die Stimmen Ihrer Mitglieder über den BZL auch tatsächlich gehört werden?

Das sehe ich anders. Wenn Sie von „den Parteien“ sprechen, dann dürfen Sie CDU und CSU nicht außer Acht lassen. Und der Mitte Oktober von der Unions-Fraktion im Bundestag eingebrachte Entschließungsantrag zum Waffengesetz ist nicht zuletzt das Produkt unserer Petition und vieler Gespräche, die wir dazu in Berlin geführt haben. Dieses Papier findet sich auf unserer Homepage und zeigt deutlich, dass der BZL sehr wohl dafür sorgt, dass die Stimme des Legalwaffenbesitzes nicht nur gehört, sondern von manchen Parteien auch verstanden wird.

Dass es bei SPD und den Grünen mit dem „Verstehen“ nicht so gut funktioniert hat, und die FDP schlichtweg nicht die Traute hatte, die Koalition schon an dieser Frage zerbrechen zu lassen, würde ich aber nicht den Interessenvertretern des Legalwaffenbesitzes anlasten. Denn dann müsste man auch den Briefgenerator des VDB als gescheitert betrachten. Diese Analyse halte ich für verfehlt, denn sämtliche Maßnahmen, die wir alle damals auf die Bühne gebracht haben, konnten zwar das Sicherheitspaket nicht verhindern, aber sie haben die Diskussion um eine wirklich sinnvolle Neugestaltung des Waffenrechts positiv beflügelt.

Sie haben den Verband Deutscher Büchsenmacher und Waffenfachhändler e.V. (VDB) im September gebeten, Ihre Petition zu unterstützen, was vermutlich zu vielen zusätzlichen Unterschriften geführt hat. Planen Sie, zukünftig enger mit anderen Verbänden zusammenzuarbeiten?

In unserer kleinen Welt des Legalwaffenbesitzes darf es keine so genannten „Brandmauern“ geben, die eine Zusammenarbeit ausschließen. Solange die jeweiligen Organisationen und Akteure auf dem Boden unserer Demokratie stehen, muss es möglich sein, sich gegenseitig zu unterstützen und an einem Strang zu ziehen. Von daher war es für mich selbstverständlich, die Kollegen des VDB persönlich zu kontaktieren und um die Unterstützung unserer Petition zu bitten.

Im Gegenzug hat der VDB uns darum gebeten, seinen Briefgenerator zu unterstützen. Beide Verbände haben Wort gehalten, was sowohl der Petition als

auch dem Briefgenerator geholfen hat. So muss das sein, und so will ich das auch in Zukunft halten.

Im Dezember organisierten Sie zusammen mit dem Deutschen Jagdverband (DJV) ein Treffen von Vertretern namhafter deutscher Industrie- und Handelsunternehmen aus der Jagd- und Sportwaffenbranche sowie Marc Henrichmann, dem waffenrechtlichen Berichterstatter der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag. Hand aufs Herz: Mit welchem Gefühl gehen Sie aus solchen Gesprächen?

Jedes Gespräch oder Treffen hat ja eine Vorgeschichte. Und in diesem Fall war der oben bereits angesprochene Entschließungsantrag der Union die Basis, auf der wir aufgebaut haben. Dort haben CDU und CSU einen klaren Kompass formuliert, der beim Waffenrecht in die richtige Richtung zeigt. Da war es aus unserer Sicht nur logisch, den direkten Kontakt zwischen dem waffenrechtlichen Berichterstatter der Union und wichtigen Industrie- und Handelsunternehmen unserer Branche herzustellen, um Informationen aus erster Hand an die Politik heranzutragen.

Und Hand aufs Herz: Aus diesem Gespräch bin ich mit einem sehr guten

Gefühl gegangen, da wir in Marc Henrichmann einen sehr aufmerksamen Zuhörer hatten, der die konkreten Schilderungen über die Schwächen, Logikbrüche und Überregulierungen des derzeitigen Waffenrechts und die negativen Auswirkungen auf unsere Branche und ihre Arbeitsplätze mit großem Interesse aufgenommen hat.

Es gibt aber natürlich auch Gespräche, aus denen man mit sehr gemischten Gefühlen bis hin zu totaler Ernüchterung geht. Das war im Rahmen des Sicherheitspakets immer wieder der Fall. Aber das muss man aushalten und für seine Sache umso konsequenter weiterwerben und kämpfen.

Auffällig ist, dass sie im vergangenen Jahr vor allem mit Vertretern der CDU/CSU und FDP gesprochen haben. Was war der Grund für fehlende Diskussionen mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen?

Auffällig mag sein, dass wir über die Gespräche mit CDU/CSU und FDP weit öfter berichtet haben als über Gespräche mit anderen Parteien, Ministerien oder Behörden. Hier gilt es aber zu beachten, dass wir den Wunsch unserer Gesprächspartner nach Vertraulichkeit zu respektieren haben und somit nicht



Marc Henrichmann, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Waffen- und Sprengstoffrecht, im Gespräch mit Matthias Klotz (BZL).

Region: Deutschland

„Waffengesetzverschärfungen jetzt stoppen!“

In 5 Wochen **130.000** Unterschriften!
Vielen Dank für die Unterstützung!

BZL - Bundesverband zivile Legalwaffen e.V.

Petition richtet sich an **14** Stellungnahmen

Bundesregierung Deutschland

132.213 Unterschriften
Sammlung beendet

Der BZL hatte mit einer eigenen Petition im September 2024 versucht, die geplanten Waffengesetzverschärfungen zu stoppen.

jeden Termin in einen Bericht oder eine Fotodokumentation verwandeln können – übrigens auch nicht jeden Termin mit CDU/CSU oder FDP. Was die fehlende Diskussion mit Grünen und SPD angeht, sei aber durchaus bemerkt, dass eine echte Diskussion erst dann möglich wird, wenn beide Seiten sie auch zulassen bzw. zu verstehen geben, dass sie konstruktiv und ergebnisoffen ist. Wenn eine Partei wie die SPD beim Sicherheitspaket – aber offen sagt, dass sie im Rahmen dieses Vorhabens schlichtweg die Gelegenheit beim Schopfe gepackt hat, ihren zwei Jahre alten Verschärfungskatalog des Waffengesetzes endlich durchzuboxen und keinen Millimeter davon abrücken wird, brauchen sie nicht mehr viel diskutieren.

Dann heißt die Devise Konfrontation, denn wir dürfen und müssen uns derlei Machtmissbrauch nicht gefallen lassen.

Mitte Dezember stand die AfD bei 18%. Es ist anzunehmen, dass auch einige Ihrer Mitglieder im Februar das Kreuz bei der „Alternative“ machen werden. Kommt für Sie eine Zusammenarbeit mit der AfD infrage?

Wenn wir von 59,2 Millionen Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 70% ausgehen, dann werden nach den derzeitigen Umfragewerten knapp 7,5 Millionen Menschen die AfD wählen. Da ist es naheliegend, dass unter diesen Wählern unterschiedlichste Gesellschafts- und Berufsgruppen vertreten sind und natürlich auch Mitglieder von Vereinen und Verbänden oder Leser der unterschiedlichsten Zeitschriften. Auch die konkreten Gründe für die Wahlentscheidung werden unterschiedlich sein, wie bei anderen Parteien auch. Von daher sehe hier erst einmal keinen generellen Imperativ für

Verbände – egal, aus welchem Bereich sie kommen.

Für den BZL gilt grundsätzlich, dass wir fest auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen und dabei unabhängig und überparteilich sind. Wir kämpfen im gegebenen politischen Umfeld für eine grundlegende Reform des Waffenrechts, die inhaltliche Klarheit, Rechtssicherheit und Respekt gegenüber gesetzestreuen Legalwaffenbesitzern mit Digitalisierung, Entbürokratisierung und effizientem Vollzug verbindet. Da gibt es erst einmal keinen zementierten Konfrontations- oder Kuschelkurs mit bestimmten Parteien, sondern es geht um die Sache.

Bestes Beispiel hierfür war unsere Haltung gegenüber der FDP im letzten Jahr. Vor dem Sicherheitspaket haben wir den Liberalen den Rücken gestärkt und sie

„FÜR DEN BZL GILT GRUNDSÄTZLICH, DASS WIR FEST AUF DEM BODEN UNSERER FREIHEITLICH DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG STEHEN UND DABEI UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTEILICH SIND“

argumentativ unterstützt, als sie der Waffenrechtsverschärfung von Nancy Faeser ein ums andere Mal eine Absage erteilt haben. Als die FDP dann jedoch beim Sicherheitspaket umgefallen ist, haben wir kein Blatt vor den Mund genommen und entsprechend scharfe Kritik an der Partei bzw. an den verantwortlichen Akteuren geübt. Ich denke, dass das genau der Kurs ist, den die Legalwaffenbesitzer von ihrer Interessenvertretung erwarten und genau so werden wir das auch in der nächsten Legislaturperiode beibehalten.

Ebenso klar ist aber auch: Der Legalwaffenbesitz bildet die ganze Vielfalt unserer Gesellschaft ab, steht für Verantwortungsbewusstsein, Sportsgeist, Fairness, Toleranz und für das friedliche Zusammenleben. Dafür steht auch der BZL und distanziert sich daher von jeglichen politischen, gesellschaftlichen oder publizistischen Strömungen und Kräften, die Ressentiments schüren, Vorurteile und Feindbilder erzeugen oder pflegen, Wertschätzung von Menschen von deren Herkunft, Hautfarbe oder Religion anhängig machen oder mit Worten und Taten unser friedliches Zusammenleben gefährden, die Spaltung der

Gesellschaft betreiben oder die Demokratie beschädigen.

Wie blicken Sie in Anbetracht der anstehenden Bundestagswahl auf die Zukunft des Waffenrechts? Wäre Ihnen Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün lieber?

Mit gemischten Gefühlen. Zum einen sind das positive Signale wie der oben bereits angesprochene Entschließungsantrag der Union. Darauf können, ja darauf müssen wir aufbauen. Auf der anderen Seite sind bei SPD und Grünen jedoch noch keine Anzeichen der Einsicht zu erkennen, dass nicht nur das Sicherheitspaket eine völlige Zielverfehlung war, sondern dass das gesamte Waffenrecht entschlackt und vereinfacht und von Überregulierungen und Gängeleien gegenüber Legalwaffenbesitzern befreit werden muss.

Hier haben wir in den nächsten Wochen noch viel Arbeit vor uns und ich hoffe, dass wir auf aufgeschlossene Gesprächspartner treffen werden, die an das Thema ideologiefrei herangehen und mit uns ergebnisoffen diskutieren. Von daher habe ich keine Koalitions-Präferenzen, sondern wünsche mir eine möglichst starke Union, die dann in den Koalitionsverhandlungen

beim Thema innere Sicherheit und Waffenrecht auch entsprechende Akzente setzt.

Letzte Frage: Ein Abend mit Friedrich Merz, Olaf Scholz oder Robert Habeck - Wer wäre Ihnen am liebsten und warum?

Alle drei wären sehr interessante Gesprächspartner. Aufgrund dessen, was ich zur vorherigen Frage geantwortet habe, würde ich mir je einen Abend mit Olaf Scholz und einen mit Robert Habeck wünschen, um für eine entsprechende Formulierung zum Waffenrecht im Koalitionsvertrag zu werben.

Aber wenn es nur einen Abend gibt, dann würde ich mich für Robert Habeck entscheiden, weil man auf den ersten Blick annehmen müsste, dass wir in unseren Ansichten zur inneren Sicherheit und zum Waffenrecht meilenweit auseinanderliegen. Aber genau das macht den Reiz aus. Allein schon der Diskurs über die heutige sinnvolle und friedliche Verwendung von Messern und die Abgrenzung zu mittelalterlichen Verhältnissen verspricht eine höchst anregende Unterhaltung.

Herr Klotz, vielen Dank für das Gespräch.



Im Rahmen der Petition „Waffengesetzverschärfungen zu Lasten rechtstreuer Bürger jetzt stoppen!“ schrieb der BZL auch offene Briefe an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen).